



Rede des SPD Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Kamen Daniel Heidler zum Haushaltsplan 2021

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Haushaltsdebatte ist eine besondere Debatte im Jahr, da der Haushalt die Grundlage für das Umsetzen politischer Beschlüsse im kommenden Jahr ist.

Dies ist allerdings nie kontextlos, denn das, was wir vereinbaren und beschließen steht immer in einem größeren Rahmen von dem wir uns nicht lösen können.

Und aus diesem Grund muss ich natürlich auf das Thema eingehen, was uns seit fast einem Jahr in Atem hält und uns aller Voraussicht nach, auch noch weiter, auf vielfältige Art und Weise, belasten wird.

Die finanzpolitische Bedeutung der Coronakrise werden wir mit großer Sicherheit auch in den kommenden Jahren noch spüren und der Umgang mit diesen Folgen wird uns beschäftigen.

Aber ich will dieser haushaltspolitischen Sorge etwas voran stellen: Es ist richtig, dass die politisch Verantwortlichen in Düsseldorf und Berlin ihre Politik an der Frage ausrichten, wie in dieser Situation Menschenleben zu schützen sind.

Die Beantwortung dieser Frage muss über allen anderen stehen, alles andere wäre zynisch und das Gegenteil von verantwortlichem Handeln.

Das im Rahmen dieser leitenden Prämisse auch Fehler gemacht wurden, ist ebenso klar.

Für die Stadt Kamen will ich festhalten, dass meine Fraktion den Eindruck gewonnen hat, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in der Krise ein solidarisches Miteinander gezeigt haben.

Vereine, die Masken genäht haben, Organisationen, die für ältere und nicht mobile Menschen Einkäufe erledigt haben, Wirte, die für Rettungskräfte und Pflegepersonal kostenlos Essen gemacht haben, Fußballvereine, die durch Sonderaktionen Geld für gemeinnützige Zwecke gesammelt haben, zeigen, in Kamen achten wir auf unsere Mitmenschen.

Wir in der kommunalen Politik haben hier eine große Verantwortung. Wir sind der erste Ansprechpartner für diese Menschen, die sich in so außerordentlicher Weise für andere engagieren, und wir sind diejenigen, die die Voraussetzungen dafür schaffen wollen, dass Menschen sich treffen können und eben diesen Gemeinsinn erlebbar machen.

Deshalb erneuere ich die beiden Ziele, die ein Haushalt aus Sicht der SPD-Fraktion in absehbarer Perspektive erreichen muss:

1. Der Haushalt muss einen Beitrag dazu leisten, dass gesamte Stadtleben so zu gestalten, dass das soziale Miteinander gefördert wird, es gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten für jeden Menschen gibt und Chancengleichheit für junge Menschen in unserer Stadt ermöglicht wird.
2. Wir müssen uns maximal anstrengen und wollen das in Zukunft schaffen, ohne den angestrebten Haushaltsausgleich zu gefährden.

Beides wird jedoch erkennbar schwieriger und dies liegt nicht nur an der Coronakrise.

Die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage „Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kommunal Finanzen“, aus dem abgelaufenen Jahr 2020, im Deutschen Bundestag enthält viel empirisches Material zur Situation der Kommunal Finanzen und zeigt insbesondere die räumlichen Disparitäten zwischen den Bundesländern im Hinblick auf die unterschiedliche Ausgangsposition der Kommunen vor der Krise auf.

Damit wird noch einmal in besonderer Weise deutlich, dass neben der Unterstützung der Kommunen in der Krise aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen, sinkender Zuweisungen und steigender Soziallasten, eine Ausgleichspolitik des Bundes zur Minderung der Disparitäten und der damit anzustrebenden Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik weiterhin auf der Tagesordnung bleiben muss.

Nicht nur jetzt, sondern als dauerhafter Beitrag zum Erreichen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dieser Grundsatz ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Grundgesetzes.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung des Bundes in Zukunft einen höheren Anteil zu den Kosten der Unterkunft zu übernehmen eine richtige. Sie entlastet Kommunen dauerhaft und ist eine der strukturellen Hilfen, die wir seit Jahren anmahnen.

Und ja, dieser Beitrag kann uns eine dauerhafte Perspektive bei der Kreisumlage schaffen, wenn der Kreistag diese Mittel an die Kommunen weitergibt, was unsere klare Erwartungshaltung ist.

Aber ich will dann auch sagen; Die Coronakrise ist in diesem Kontext der Anlass für die Entlastung, aber nicht der Grund.

Der Bund hat die derzeitige Situation zum Anlass genommen einen Fehler zu beseitigen, der die schon angesprochenen Disparitäten verschärft hat und den Kommunen

Handlungsspielräume für andere wichtige Aufgaben und Investitionen genommen hat.

Und es bleibt auch festzuhalten, dass wenn ein Fehler erkannt ist, man ihn dann auch mit aller Konsequenz ausbügeln muss, denn das, was sich in unserer Stadt als Kassenkredite wiederfindet ist nicht zuletzt die Folge dessen, das man den Kommunen Aufwendungen auferlegt hat, die sie gar nicht tragen können.

Die Forderung nach der Übernahme dieser Altschulden muss deshalb ebenso auf der Tagesordnung bleiben. Ich finde es gut, dass der sozialdemokratische Bundesfinanzminister vor wenigen Tagen erneut einen Vorstoß in diese Richtung unternommen hat.

Im Übrigen gibt es bereits eine Reihe von Bundesländern, die diesen Schuldenschnitt bereits längst vollzogen haben. Vielleicht schau die Landesregierung mal dorthin, ein Blick über den Tellerrand kann gewiss nicht schaden.

Es bleibt festzuhalten, dass mit 59,6 Millionen Euro der Transferaufwand der höchste Posten im Rahmen der Aufwendungen bleibt.

Schlüsselzuweisungen des Landes, die einen Ausgleich schaffen sollen, schlagen mit 28,7 Millionen zu buche, decken

also nicht mal die Hälfte der Aufwendungen für Leistungen, die auf gesetzlichen Grundlagen fußen.

Im Gegenteil, die Datenlage in 2020 hätte eine Zuweisung von 29.979 Millionen Euro vorgesehen. Wir erhalten also 1.237 Millionen weniger, die uns fehlen, da die von Steuern abhängige Verteilmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes coronabedingt bereits geringer geworden ist.

Ich spreche deshalb auch die nordrhein-westfälische Landesregierung erneut an. Das Land trägt die Verantwortung für seine Kommunen.

Und wer eine solche zentrale Verantwortung trägt, dem muss mehr einfallen, als den Kommunen zu erlauben mehr Schulden zu machen und diese auf 50 Jahre zu strecken.

Das was sich in unserem Haushalt außerordentliche Erträge nennt und sich damit sehr euphemistisch kleidet heißt nichts anderes als 4,3 Millionen zusätzliche coronabedingte Schulden und das nur im Haushaltsjahr 2021. Sehr wahrscheinlich werden uns außerordentliche Erträge noch länger begleiten.

Das daraus resultierend die Liquiditätskredite auf über 90 Millionen in der Prognose steigen werden ist eine schwere Last, die wir Kamenerinnen und Kamener zu tragen haben.

Auch die Investitionskredite werden steigen. Aber, anders als bei den Liquiditätskrediten schaffen wir mit diesen Perspektiven für die Stadt.

Wir investieren im Jahr 2021 21,743 Millionen in unsere Stadt.

Wir investieren in unsere Schulen. Alleine 3 Millionen Euro in unser Gymnasium in 2021 und werden bis 2025 etwa 20 Millionen investieren, um die Schule wieder in einen Zustand moderner Lernumgebung zu versetzen.

Auch die Investitionen in Jahnschule, Friedrich-Ebert Schule und Gesamtschule sind hoch und sind für uns Investitionen in die Zukunft junger Menschen.

Und zum ersten Mal enthält unser Haushalt auch Investitionskostenzuschüssen an die GSW, die mit diesem Geld einen Beitrag dazu erhalten, ein Kamener Kombibad zu errichten, um eine Stadt des Schul-, Vereins- und Freizeitschwimmens zu bleiben.

Ich will mit Blick auf die Zeit, die weiteren Investitionsmaßnahmen nicht alle benennen, obwohl sie alle wichtig sind.

Ich will an dieser Stelle aber sagen, wir haben bei aller Sorge gute Chancen die Stadt zu bleiben die wir sind. Eine Stadt der

Bildung, eine Stadt der Kultur, eine Stadt des Sports, eine Stadt des Ehrenamtes, eine Stadt für Kinder, Familien und junge Erwachsene, eine Stadt für Senioren, insgesamt eine Stadt des Miteinanders.

Und auch das darf in einer Krise nicht vergessen werden, wir sind eine Stadt mit wirtschaftlicher Perspektive. Noch zu Beginn des Jahres 2020 rechneten nach Bericht der IHK 90 Prozent der Betriebe in Dortmund, Hamm und dem Kreis Unna mit einer guten oder zufriedenstellenden geschäftlichen Lage.

Klar, dann kam Corona

Auch für das Umfeld in dem Innovation und gute Arbeit entsteht haben wir in den vergangenen Jahren Voraussetzungen geschaffen und die Perspektiven werden auch zurückkehren.

Um dies alles zu sein haben wir auch politisch hart gearbeitet. Wir haben auf der einen Seite gespart, um uns auf der anderen Seite auch Spielräume zu erhalten und Perspektiven zu schaffen.

Und dies haben wir auch geschafft, ohne erneut an Steuerhebesätzen drehen zu müssen. Es ist bei dem geblieben, was wir 2012 gesagt haben und der Grundsteuerhebesatz ist nur zweimal angehoben worden und nun niedriger als in der Mehrzahl der Kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Kreis Unna.

Und der Haushaltsausgleich ist nach wie vor realistisch und greifbar nah.

Es werden neue Herausforderungen auf uns zu kommen. Denn beispielsweise der Verzicht auf die Gebühren städtischer Flächen für Außengastronomie und Gewerbe, der auf Antrag der SPD-Fraktion zustande gekommen ist, ist sicherlich nur ein sehr kleiner Beitrag, um das zu kompensieren, was unsere Innenstadtgastronomen und Innenstadthändler derzeit erleben.

Wir wissen heute nicht, welche sozialen Folgen nach der Coronakrise sichtbar werden und von unseren Organisationseinheiten in Verwaltung und Schule aufgearbeitet werden müssen.

Aber unsere Stärke war und ist, dass wir nicht wegsehen, sondern uns den neuen Anforderungen offensiv stellen.

Die Wählerinnen und Wähler haben diesen Auftrag nicht mehr alleine in die Hände der SPD-Fraktion gelegt. Es ist nun ein gemeinsamer Auftrag an eine Ratsmehrheit. Sehen, sprechen analysieren und verantwortlich handeln.

Wir, die SPD-Fraktion, spüren die Verantwortung nicht weniger, als vor dem 13. September 2020. Verantwortung heißt für uns im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung Mahner zu sein und Gegenüber Land und Bund als Anwalt der Kommunen und der Menschen, die darin leben aufzutreten. Im Übrigen auch dann, wenn die eigene Partei in Regierungsverantwortung

steht. Verantwortung heißt aber noch viel mehr selbst alles erdenklich mögliche zu machen, um Handlungsspielräume zu erhalten und Miteinander und Teilhabe zu ermöglichen.

Und ich glaube auch, dass diese beschriebene Aufgabe, eine Aufgabe des Demokratieerhalts ist.

Ich bin mir sicher, dass es für diesen Anspruch Partner im Rat der Stadt Kamen gibt.

Es gibt, viel zu tun.

Glückauf!

(Aufgrund der Coronapandemie hat der Ältestenrat der Stadt Kamen besprochen, dass die Haushaltreden zu Protokoll gegeben werden. Diese Rede wird so also nicht gehalten werden, dient aber dem Überblick welche Themen und Sichtweisen der SPD-Fraktion mit Blick auf den Haushalt wichtig sind.

Gez. Daniel Heidler

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kamen

